



Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz trauern um Hans-Artur Bauckhage

Mit größter Bestürzung haben die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz vom Tod ihres Parteifreundes, Herrn Staatsminister a. D. Hans-Artur Bauckhage, erfahren. Er ist über Jahrzehnte unermüdlich für liberale Politik eingetreten und hat sich in den Dienst unserer Gesellschaft gestellt. Wir haben ihm unendlich viel zu verdanken. Er hinterlässt eine große Lücke. Hans-Artur Bauckhage bleibt mit seiner ganzen Persönlichkeit in unseren Herzen.

Dr. Volker Wissing
Landesvorsitzender

Rainer Brüderle
Ehrenvorsitzender

Hans-Artur Bauckhage

(* 17. Februar 1943 in Daaden/Westerwald; † 16. Juni 2018)

war ein deutscher Politiker der FDP. Er war von August 1999 bis Mai 2006 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau von Rheinland-Pfalz. Er gehörte von 1987 bis 2011 dem rheinland-pfälzischen Landtag an.

Leben und Beruf

Nach dem Abschluss der Handelsschule 1961 begann Bauckhage eine Bäckerlehre, die er 1964 mit dem Gesellenbrief erfolgreich beendete. 1978 legte er die Meisterprüfung im Bäckerhandwerk ab und übernahm die Bäckerei seines Vaters. Er führte das Unternehmen bis 1996, als er zum Fraktionsvorsitzenden der FDP im Landtag gewählt wurde.

Politik

Bauckhage trat 1967 der FDP bei. 1971 wurde er Ortsvorsitzender in Daaden, 1981 auch Kreisvorsitzender in Altenkirchen. 1982 wurde er erstmals in den Landesvorstand seiner Partei gewählt. Seit 1997 sitzt er auch im Bundesvorstand der FDP. Er ist Vorsitzender des Landesfachausschusses Medienpolitik der FDP Rheinland-Pfalz.

1969 wurde Bauckhage Fraktionsvorsitzender der FDP im Gemeinderat und im Verbandsgemeinderat Daaden, in beide Vertretungskörperschaften war er gerade erst gewählt worden. Bei der Kommunalwahl 1974 erlangte Bauckhage ein Mandat im Kreistag Altenkirchen und wurde auch dort sofort Fraktionsvorsitzender. Mit dem Wiedereinzug der FDP nach vierjähriger Abwesenheit wurde auch Bauckhage 1987 Landtagsabgeordneter. Nach den Wahlen 1991 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender, um dann 1996 von seinen Kollegen in das Amt des Fraktionsvorsitzenden gewählt zu werden.

Nach der Wahl von Rainer Brüderle in den Deutschen Bundestag 1998 wurde Bauckhage dessen Nachfolger als Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau von Rheinland-Pfalz. Als Justizminister Peter Caesar im August 1999 zurücktrat, übernahm Bauckhage von ihm auch die



Funktion des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Nachdem bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl 2006 die SPD die absolute Mehrheit erzielt hatte, schied die FDP aus der Regierung aus, Bauckhages Nachfolger im Amt des Wirtschaftsministers wurde Hendrik Hering von der SPD. Bauckhage wurde stellvertretender Landtagspräsident. Bei der Landtagswahl 2011 wurde er aufgrund des Scheiterns der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde nicht wieder in den Landtag gewählt. Dem Verbandsgemeinderat Daaden gehörte Bauckhage bis 2014 an; weiterhin war er seit 1969 durchgehend Mitglied des Ortsgemeinderates von Daaden.

Gesellschaftliches Engagement

Bauckhage war von November 2007 bis April 2008 Vorstandssprecher des 1. FC Kaiserslautern. In seiner neuen Funktion kündigte er an, Mitte Dezember 2007 einen Investor präsentieren zu wollen. Diese Zusage konnte er jedoch nicht einhalten und trat nach öffentlicher Kritik und sportlichen Misserfolgen am 7. April 2008 zurück.

Zwischen dem 5. Mai 2007 und dem 7. Mai 2011 war Bauckhage der Präsident des Behinderten- und Rehabilitationssport-Verbands (BSV) Rheinland-Pfalz, der einer der 17 Landesverbände des DBS (Deutscher Behindertensportverband) ist. Am 29. September 2011 hat er den Vorsitz im Förderverein des BSV Rheinland-Pfalz, dem Verein zur Förderung des Behindertensports in Rheinland-Pfalz, übernommen. Er trat dort die Nachfolge von Walter Zuber an.



Carina Konrad

helle Aufregung herrschte in den letzten Tagen im politischen Berlin. In der Unionsfraktion herrscht Streit. Wir finden: Nach fast drei Jahren ist es richtig, wieder zu Verfahren zurückzukehren, die nach europäischem Recht die Regel sein sollten. Der internationale Schutz muss in den dafür zuständigen Staaten gewährleistet sein. Darum sind wir dafür, Schutzsuchende zurückzuweisen, wenn diese bereits in einem anderen Staat registriert sind. Aber das kann nur eine Zwischenlösung auf dem Weg zu einer umfassenden **Reform des europäischen Asylsystems** sein. Deshalb hat die FDP-Fraktion heute einen [Entschließungsantrag](#) ins Parlament eingebracht, über den es eine namentliche Abstimmung geben wird.



Ein weiteres großes Thema der vergangenen beiden Sitzungswochen war unser [Antrag](#), einen **Untersuchungsausschuss** mit der Aufklärung der Vorfälle im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (**BAMF**) zu beauftragen. Nur so können wir die notwendige Transparenz schaffen und das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat wiederherstellen. Dass die FDP jetzt zum Teil in die Nähe der AfD gerückt wird, die aus völlig anderen Beweggründen einen Untersuchungsausschuss fordert, ist absurd. Uns geht es ja gerade darum, Populisten und anderen Verschwörungstheoretikern mit der Veröffentlichung von Fakten den Boden zu entziehen. Christian Lindner hat es sehr gut auf den Punkt gebracht: "Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, das Richtige zu fordern, nur weil die Falschen zustimmen." Grünen und Linken, die sich in der Debatte als Steigbügelhalter der Regierung geben,



statt ihre oppositionellen Pflichten wahrzunehmen, haben wir Gespräche angeboten. Wir können die tief verunsicherte Gesellschaft nur befrieden, indem wir die Fehler der Vergangenheit schnellstmöglich korrigieren, Mängel im System beseitigen und klare Einwanderungsregeln schaffen. Auch nach dem Auftritt der Bundeskanzlerin bei Anne Will sind die Vorgänge beim BAMF nicht transparenter geworden, deshalb ist ein Untersuchungsausschuss nötig, wie ihn auch die Mehrheit der Deutschen fordert: um Klarheit zu schaffen und aus den Ergebnissen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Sie finden alle unsere Initiativen [hier](#).

Der amerikanische **Präsident Trump** hat das **G7-Treffen** in Kanada scheitern lassen und der Liberalisierung des Welthandels einen massiven Dämpfer verpasst. Nun sind weitere Handelskonflikte zu befürchten. Wir in Europa müssen nun gemeinsam über das weitere Vorgehen beraten. Christian Lindner sagte in seinem [Sommerinterview](#) sehr zutreffend: "Die erste Aufgabe ist, die Europäer an einen Tisch zu bringen, damit wir wirklich unsere Interessen und Werte gemeinsam vertreten. Die zweite Aufgabe ist, dass die transatlantischen Beziehungen erste Priorität der deutschen Außenpolitik sein müssen."

Weitere News aus Berlin

Die GroKo möchte in einem überhasteten Verfahren die **staatlichen Zuschüsse an die Parteien** erhöhen. Erst letzte Woche ist der Gesetzentwurf eingereicht worden, schon diese Woche soll die Gesetzesänderung beschlossen werden. So nimmt man dem Parlament die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge und Änderungswünsche anzubringen. Mein Kollege [Dr. Hermann Otto Solms](#) hat es in seiner Rede am Freitag genau erklärt: Wenn Parteien weniger Wählerstimmen erhalten, bekommen sie auch weniger staatliche Mittel. Sinkende Einnahmen sind also bei politischen Parteien ein klares Zeichen dafür, dass man in der Bevölkerung an Vertrauen verloren hat. Man kann dann entweder nach mehr Geld schreien oder – wie es die FDP 2013 nach ihrem Rauswurf aus dem Bundestag getan hat – die Ausgaben drastisch senken und sich darauf konzentrieren, verlorenes Wählervertrauen wiederzugewinnen. Dazu gehört es, zunächst einmal zu definieren, wofür man steht – und das würde keiner der Regierungsparteien schaden.

Agrarnews

In Zukunft wird die **gemeinsame europäische Agrarpolitik** (GAP) mit weniger Mitteln auskommen müssen. Der Brexit und die neuen Aufgaben der EU, unter anderem im Bereich der Grenzsicherung, bleiben für die europäische Landwirtschaft nicht folgenlos. Die EU-Kommission fordert darüberhinaus, dass die Mittel noch stärker als bisher an Umweltleistungen geknüpft werden. Dazu haben die Grünen in der letzten Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem sperrigen Titel: "Haltung der Bundesregierung zu den Kommissionsvorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik in Hinblick auf den Arten- und Natur-, insbesondere auch den Insektenschutz".

Deutlich wurde, dass vielen die Vorschläge der Kommission noch nicht weit genug gehen. Ausgeblendet wird dabei gerne, dass bereits heute zahlreiche Umweltleistungen von der Landwirtschaft erbracht werden und besonders die vorgesehenen Kürzungen der 2. Säule kritisch sind, denn mit diesem Geld unterstützen die Bundesländer die ländlichen Räume und helfen damit, Landleben attraktiv und erstrebenswert zu machen. Dazu habe ich am Freitag im Bundestag eine Rede gehalten, die Sie sich [hier](#) anhören können. Die Aufgabe von Agrarpolitikern ist es meiner Meinung nach, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen: Dabei gilt es, Ernährungssicherheit, Einkommenssicherung für die Bauern und Ressourcenschutz unter einen Hut zu kriegen - eine große Herausforderung.

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Meine Fraktion hat einen [Antrag](#) eingebracht, um Tierschutzorganisationen, die zu Rechtsbrüchen aufrufen oder diese im Nachhinein rechtfertigen, die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Das Tierwohl zu überprüfen, ist die Aufgabe von staatlichen Kontrollbehörden – nicht von selbst ernannten Tierschützern, die durch ihr Vorgehen eine sachliche Debatte zwischen Erzeugern und Verbrauchern behindern, indem Ängste geschürt werden. Mein Kollege Gero Hocker hat dazu gestern eine [Rede](#) gehalten.

Am Mittwoch war ich zu den **DLG-Feldtagen** eingeladen, dem Treffpunkt für Pflanzenbauprofis in Deutschland. Landwirte treffen sich mit Industrie, Handel, Beratung und Wissenschaft auf dem Gelände des internationalen Pflanzenbauzentrums in Bernburg-Strenzfeld, um sich über Zukunftstechnologien und -strategien des modernen Pflanzenbaus auszutauschen.

Ökologische und konventionelle Landwirtschaft präsentieren sich auf dem Gelände Seite an Seite. Auch ich durfte beim vollbesetzten Fachforum mit Praktikern, Industrie und Medien über das Thema "Auf dem Weg zu mehr Verbraucherakzeptanz – Praktische Öffentlichkeitsarbeit beginnt am Hofort" diskutieren.

Leserbrief vom 14.06.2018 Karl-Otto Hahn

MPR Dreyer lehnt Ankerzentren ab, obwohl sie den Masterplan hierzu noch nicht kennt. Sie wären nicht notwendig, da Rhld-Pfalz die schnellsten Verfahren habe und alles gut organisiert sei. Dennoch steht ihr Ministerium für Migration und Integration häufig im Kreuzfeuer der Kritik und "Kandel" liegt auch hier im Land. Bevor man etwas in "Bausch und Bogen" ablehnt, sollte man es erst mal zur Kenntnis nehmen. Vielleicht gibt es darin doch gute und bessere Ansätze. Das wäre verantwortliche Politik statt aus ideologischer Sicht alles abzulehnen, was nicht aus "eigener Feder" stammt.

Karl-Otto Hahn

Leserbrief vom 08.06.2018 Karl-Otto Hahn

Es ist unerträglich, dass die "Grünen" nach dem erneut bestialischen Mord an einer jungen Frau - erneut verübt durch einen jungen Flüchtling - versucht die Tat zu bagatellisieren. Wieder sprechen sie von einem tragischen Einzelfall. Keineswegs dürfe die Tat instrumentalisiert werden.

Wie viel unschuldige Bürger müssen noch sterben?

Freiburg, Kandel, Wiesbaden, Berlin - alles nur Einzelfälle!?

Der Fall "Amrin, mit zahlreichen Toten, war schon der Weigerung der "Grünen" geschuldet, Tunesien nicht als sicheres Herkunftsland anzuerkennen. Als Urlaubsland für Deutsche aber buchbar

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB



in jedem Reisebüro. Eine Partei, die schon länger in zunehmendem Maße die Flüchtlinge z.L. der eigenen Bevölkerung hofiert, vertritt nicht mehr die Interessen der Allgemeinheit.

Die "Grünen sind gut beraten, würden sie sich auf ihre Kernkompetenz den Umweltschutz konzentrieren, denn zu oft haben sie bewiesen, dass es ihnen in anderen Geschäftsfelder schlichtweg an Kompetenz mangelt-, zum Schaden von uns allen. Im Bereich Migration und Integration versagen sie auf ganzer Linie, dann, wenn sie die erwähnten Schandtaten noch schön reden und nicht die erforderlichen Konsequenzen daraus ziehen.



Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, unser nächster Stammtischabend findet statt am



**Mittwoch, 20. Juni 2018 ab 19.00 Uhr in Vallendar
Hotel "Herzog von Nassau", (unterm Elch)
Höhrer Straße 1 (Parkhaus neben Rathaus)**

Es wäre schön, viele von Euch dort begrüßen zu können.



Michael Emons und Günther Bomm haben unsere Schaukästen gründlich gesäubert und sind nun für aktuelle Informationen und den Wahlkampf gerüstet.

Schaukasten Sayn



Schaukasten Stromberg





Fahrverbote

Der Diesel ist nicht halb so schlecht, wie er gemacht wird

Eine Kolumne von Ursula Weidenfeld

29.05.2018, 12:32 Uhr

Die Fahrverbotsschilder in Hamburg hängen schon: Ab 31. Mai gelten auf einzelnen Straßen Verbote für Diesel. Die Debatte wird zu ideologisch geführt, kritisiert Kolumnistin Ursula Weidenfeld. (Quelle: Daniel Bockwoldt)

Die Autokonzerne haben das Ansehen des Diesel ruiniert. Dafür müssen sie verantwortlich gemacht werden – und nicht die Technologie. Die Debatte wird ideologisch geführt.

Es dauerte nicht mehr lange, dann tritt am Donnerstag das erste Dieselfahrverbot in deutschen Städten in Kraft. Ein paar Hundert Meter Straße sollen in Hamburg Altona für die Eigentümer älterer Dieselautos gesperrt werden. Damit bricht eine neue Ära auf Deutschlands Straßen an. Es geht nicht mehr um Unter-, Mittel- oder Oberklasse. Es geht um Elektro-, Diesel- und Benzinfahrzeuge. Zwischen diesen Autos und ihren Besitzern wird von nun an differenziert. Der Diesel ist eines der frappierendsten Beispiele für die Ideologisierung von Sachthemen geworden. In der öffentlichen Auseinandersetzung scheint es nur noch Schadstoff-Leugner und Umwelt-Hysteriker zu geben. Die politische Aufladung bekommt dem Thema nicht. Denn die Fakten sind ja einigermaßen klar, egal, wie man darüber denkt:

1. Stickoxide aus Dieselautos schaden der Atemluft in den Städten. Rußpartikel aus diesen Autos sind gesundheitsgefährdend. Deshalb gibt es Grenzwerte.
2. Die Grenzwerte werden in vielen deutschen Städten überschritten.
3. Die Autohersteller behaupteten in der Vergangenheit, das sei kein Problem. Denn sie täten alles, um die Grenzwerte einzuhalten und das gelinge auch.
4. Es gelang nicht. Deshalb begannen einige Autohersteller, die Werte zu manipulieren.
5. Sie wurden erwischt.
6. In den USA und Europa stehen die Hersteller am Pranger und sind mit Milliardenforderungen konfrontiert.
7. Die Kontrolle für Dieselautos wird schärfer.
8. Diesel ist – abgesehen von den Betrügereien der Autokonzerne – nach wie vor die schadstoffärmste Variante der fossilen Mobilität.

Die Punkte eins bis sieben sind schnell abgehandelt. Sie betreffen das objektive Problem und die Möglichkeit, es in den Griff zu bekommen. Beim achten Punkt aber kommen Ideologie, Begeisterung für Elektroautos, und die generelle Haltung zur individuellen Mobilität ins Spiel. Das schadet der Diskussion, und es schadet der Umwelt. Und langfristig schadet es dem sozialen Frieden in den Städten.

Zu wenig erneuerbare Energie

Viele Experten sind der Ansicht, dass die Verkehrswende nur zu schaffen ist, wenn Autos künftig elektrisch angetrieben werden. Bisher hat der Verkehrssektor nicht dazu beigetragen, die deutschen Klimaziele zu erreichen. Damit das anders wird, empfiehlt beispielsweise die Nichtregierungsorganisation Agora Verkehrswende mehr öffentlichen Nahverkehr und mehr Elektroautos.

Allerdings: Nur, wenn der Strom erneuerbar erzeugt wird, gibt es einen positiven Beitrag fürs Klima. Davon aber ist die Elektromobilität noch weit entfernt. Dennoch setzen die Städte auf Elektroautos und räumen ihnen Privilegien beim Parken, beim Benutzen von Busspuren oder der Zufahrt für einzelne Stadtviertel ein.

Am besten für die Luft und das Klima in den Städten wäre möglichst wenig individuelle Mobilität und viel öffentlicher Nahverkehr. Doch die Nahverkehrssysteme ächzen schon heute unter Überlastung – engere Takte sind vielerorts kaum



möglich, neue Strecken schon gar nicht. Viele Bürger können oder wollen auch nicht auf das eigene Auto verzichten: weil sie viel zu transportieren haben, weil sie die Kinder oder ihre älteren Familienmitglieder fahren wollen, oder weil das Umsteigen zu kompliziert und unattraktiv ist. Das gilt besonders für Pendler und Landbewohner.

Individualverkehr wird es noch lange geben

All das zeigt: Es wird noch sehr lange individuellen Verkehr geben. Elektroautos werden das nicht befriedigend leisten können, weil es zu wenig grünen Strom für sie gibt, und weil die Modelle immer noch nicht ausgereift sind.

Schaut man aber auf fossile Antriebe, ist der Diesel nicht halb so schlecht, wie er heute gemacht wird. Nach wie vor ist er, was den Kohlendioxid-Ausstoß betrifft, dem Benziner überlegen. Außerdem werden in der Dieseltechnologie im Augenblick offenbar sehr ordentliche Fortschritte gemacht. Der Zulieferer Bosch versprach im vergangenen Monat sogar eine "Revolution", was den Ausstoß von Stickoxiden betrifft.

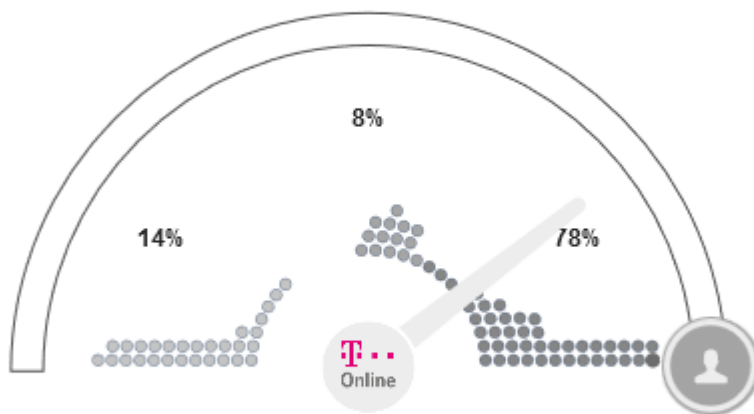
Diese Innovationen müssen genau geprüft werden. Halten sie, was die Hersteller versprechen, müssen Dieselgegner ihre Positionen überprüfen. Als Übergangstechnologie sollte die Lösung zum Standard werden, die Umwelt und Klima am wenigsten belastet.

Sonst droht eine weitere Ideologisierung des Themas. Wenn künftig wohlhabende Elektroauto-Eigentümer morgens und abends schneller in die Stadt fahren dürfen und dort Parkplatzprivilegien genießen, auf der anderen Seite aber weniger wohlhabende Fahrer von Diesel- und Benzinautos ausgesperrt werden, braucht man sich ein populistisches politisches Programm dazu gar nicht erst auszudenken: Es liegt auf der Hand.

Nicht nur deshalb ist es wichtig, alle technischen Optionen genau zu prüfen und ihnen offen zu begegnen. Ein Land wie Deutschland ist das seinen Bürgern, seinen Unternehmen und seinem Selbstverständnis als Technonation schuldig. *Ursula Weidenfeld ist Wirtschaftsjournalistin. In ihrem Buch "Regierung ohne Volk. Warum unser politisches System nicht mehr funktioniert." schreibt sie über die Probleme der deutschen Politik.*

Was halten Sie vom Diesel-Fahrverbot in Hamburg?

Sie haben eine ganz klare Meinung.
Wie sehen es Ihre Freunde?



Finde ich richtig, die Luft muss reiner werden.

Finde ich falsch, die Einschränkungen sind zu groß.



38.005 User haben abgestimmt ⓘ